

Thomas Faist

Gesellschaft mit Migrationshintergrund: Merkmale, Dynamiken und Folgen

Abstract: Migration ist sowohl ein Wesensmerkmal der Menschheit seit ihren Ursprüngen (*conditio humana*) als auch ein konstitutives Merkmal moderner Gesellschaft. Daher ist es ungenügend nur von „Personen mit Migrationshintergrund“ zu sprechen. Vielmehr handelt es sich um „Gesellschaft mit Migrationshintergrund“. Dabei können die Begriffe Migration und Mobilität unterschieden werden. Bei der Analyse von Mobilität und Migration finden sich in interdisziplinärer Sicht viele Analogien und Mechanismen, so etwa beim Einfluss naturwissenschaftlicher Modelle auf sozialwissenschaftliche Migrationsforschung. Auf diesem Hintergrund stellen sich vier zentrale Fragen für die gegenwärtige Forschung: Leben wir in einem Zeitalter der Migration? Wie kann Schutz bei Flucht und Gewalt gewährleistet werden, ohne dass Immigration immer restriktiver gehandhabt wird? Wie konstituiert die Politik um soziale Ungleichheiten die transnationale soziale Frage? Führt Klimawandel zu globaler Massenmigration? Schließlich wird deutlich, dass das Konstrukt des modernen Nationalstaats keine plausiblen Antworten auf die aufgeworfenen Fragen geben kann.

Keywords: Migration, *conditio humana*, Gesellschaft mit Migrationshintergrund, Klimawandel, Nationalstaat

Zum 60. Jahrestag des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei sprach Bundespräsident Steinmeier 2021 zu ehemaligen „Gastarbeitern“, die in den 1960er- und 1970er-Jahren nach Deutschland gekommen waren: „Ihre Kinder und Enkel bauen an diesem Deutschland weiter. Und wir brauchen sie dabei. Sie sind Handwerker, Künstlerinnen und Musiker, Unternehmerinnen und Impfstoffentwickler, Richterinnen und Staatsanwälte, Abgeordnete, Staatssekretärinnen oder Minister. Sie sind häufig deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Sie sind eben nicht ‚Menschen mit Migrationshintergrund‘. Sondern Deutschland ist ein Land mit Migrationshintergrund geworden. Und es ist höchste Zeit, dass wir uns dazu bekennen.“¹ Anstelle von „Personen mit Migrationshintergrund“, in welcher der Blick nur auf Migrant:innen fällt, kann also umfassender von einer „Gesellschaft mit Migrationshintergrund“ gesprochen werden.²

Unter diesem Gesichtspunkt ist die folgende Darstellung in fünf Teile gegliedert. Der erste Teil arbeitet drei Merkmale von Migration heraus: Migration als Wesensmerkmal der Menschheit (*conditio humana*); Migration als konstitutiv für moderne Gesellschaften; und Migration als konflikthafter Prozess. Der zweite Teil definiert die zentralen Begriffe Migration und Mobilität. Der dritte Teil behandelt Analogien und Mechanismen, so etwa der Einfluss naturwissenschaftlicher Modelle auf sozialwissenschaftliche Migrationsforschung. Teil vier geht auf vier zentrale Herausforderungen für die gegenwärtige und zukünftige Forschung ein: Zeitalter der Migration, Schutz bei Flucht und Gewalt, transnationale soziale Frage und Klimawandel & Mobilität. Der Schlussteil argumentiert, dass das Konstrukt des modernen Staats die Probleme grenzübergreifender Migration nicht zu lösen vermag.

1 Der Präsident. „Festakt zum 60. Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens“, Rede, Berlin, 5. Oktober 2021, <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/10/211005-Festakt-Tuerkische-Gemeinde.html>

2 Gekürzte Version des Einleitungs- und Schlusskapitels zu einer Publikation der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste (AWK): Thomas Faist et al. 2022. Gesellschaft mit Migrationshintergrund. Düsseldorf: AWK.

1. Personen mit Migrationshintergrund? Gesellschaft mit Migrationshintergrund!

„Gesellschaft mit Migrationshintergrund“ bezieht sich auf drei Phänomene.

Erstens charakterisiert Migration aus paläoanthropologischer Sicht die menschliche und verschiedene andere Spezies (vgl. Braidotti 2006). Migration kann als eine anthropologische Konstante im Sinne einer *conditio humana* gesehen werden. Menschen waren seit der Zeit der Jäger und Sammler Lebewesen, die mobil sein mussten, um Nahrung zu finden und um ihrer Neugierde nachzugehen. Sie gehören von Beginn an auch zu einer Gattung von Lebewesen, die sich im Laufe ihrer Evolution an ganz verschiedene Klimazonen angepasst hat. Die für die Menschheit prägende Migration des *homo sapiens* aus verschiedenen Regionen in Afrika in andere Kontinente vollzog sich über tausende von Jahren hinweg als Wanderung kleinerer Gruppen (Manning & Trimmer 2020). Daher gilt: Aufgrund der Migration gemeinsamer Vorfahren und des zugrunde liegenden gemeinsamen Ursprungs verfügen alle Menschen über einen Migrationshintergrund, wenn auch nicht über eigene Migrationserfahrung: „*Like many birds, unlike most other animals, humans are a migratory species.*“ (Massey et al. 1998: 1)

Jäger und Sammler führten bis zur neolithischen Revolution einen nomadischen Lebensstil. Mit dieser Revolution wurde für die Mehrheit der Bevölkerung eine sesshaftere Lebensweise die Regel. Hingegen waren Gruppen wie Händler und Soldaten häufig auch über lange Entfernungen hinweg mobil. Mit der industriellen Revolution und insbesondere den Neuerungen im Transportwesen und im Kommunikationsbereich, angefangen mit Eisenbahn und Dampfschiffahrt bis hin zum Überschallflugzeug und von der Telegraphie bis zum Internet, wurde dieses Muster durchbrochen. Immer mehr Menschen konnten über längere Strecken hinweg mobil sein. Auch erzwungene Mobilität nahm zu. Seit dem Zeitalter der europäischen Eroberungen wurden große Teile der Bevölkerung in Afrika und Asien durch Sklaverei und Kolonialismus vertrieben (Mayblin & Turner 2021). Aus Europa migrierten Menschen in die neuen Siedlerkolonien in Amerika, Südafrika und Australien. Die in den Prozessen der Industrialisierung und Urbanisierung vertriebene bäuerliche Bevölkerung wurde zum Proletariat. Entscheidend für das heutige Verständnis von grenzüberschreitender Migration sind die relativ stabilen territorialen Grenzen und die zugehörigen Bevölkerungen, über welche die Herrschenden regieren. Seit dem Aufstieg des Nationalismus im 19. Jahrhundert wurden aus Untertanen in der Regel Bürger. Und damit wurde im Laufe der Zeit auch die Kategorie des Migrierenden als „Ausländer“

im rechtlichen Sinne relevant. Diese Kategorie umfasst diejenigen, die aus einem anderen Staat kommen und über eine andere Staatsangehörigkeit verfügen (vgl. Koselleck 1987).

Zweitens sind moderne Gesellschaften durch grenzüberschreitende, also transnationale, Beziehungen geprägt. Heute ist ungefähr eine von zehn Personen auf der Welt wenigstens einmal in ihrem Leben innerhalb ihres Wohnlandes migriert, ungefähr 763 Mio. Menschen. Etwa eine von 30 Personen ist transnational migriert, hat also das Wohnland temporär oder permanent gewechselt. Das sind etwa 281 Mio. Personen (2023; IOM 2024). In öffentlichen Debatten im globalen Norden ist die Süd-Nord-Richtung besonders präsent, also von Entwicklungsländern in entwickelte Länder. Dies betrifft aber nur etwa ein Drittel des weltweiten Migrationsgeschehens. Entlang der Kategorisierung der Weltbank von Staaten – gemessen am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen – in „entwickelte Länder“ (Industriestaaten), „andere mit hohem Einkommen“ (z. B. Golf-Staaten) und „Entwicklungsländer“ (z. B. ehemalige Kolonien) – ergibt sich folgendes Bild: Weltweit sind die Anteile von Migration unter Entwicklungsländern (34 Prozent) und von Entwicklungsländern in entwickelte Länder (32 Prozent) ungefähr gleich hoch. Allerdings muss dabei auch Migration aus Entwicklungsländern in andere Staaten mit hohem Einkommen, z. B. die Golf-Staaten im Mittleren Osten, berücksichtigt werden (14 Prozent). Um etliches geringer ist der weltweite Anteil von Migrierenden zwischen den entwickelten Ländern (16 Prozent) und von den entwickelten in Entwicklungsländer (4 Prozent).

Globale Migration mit einer Quote von derzeit 3,6 Prozent (2023) ist mit dem Volumen zum Ende des 19. Jahrhunderts vergleichbar. Die Migrationsquoten waren im 19. Jahrhundert nach derzeitigem Wissensstand zumindest genauso hoch wie heute (Hatton und Williamson 1998). Schon zum Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es global gesehen drei große regionale Migrationssysteme: Das nordatlantische mit Nordamerika und Europa; das sibirische System mit China und Sibirien und das südostasiatische System mit Indien, China, Australien und umliegenden Staaten (McKeown 2004). Weiterhin ist offensichtlich, dass die Zahl der potentiellen Migrant:innen, also derer, die über die zur Migration notwendigen Ressourcen verfügen, aber nicht migrieren, deutlich die Zahl derer übersteigt, die tatsächlich wandern. Relative Immobilität ist also insgesamt deutlich stärker ausgeprägt als grenzüberschreitende Mobilität.

Nichtsdestotrotz steigt die globale Verflechtung auch im Migrationsgeschehen. Weltweit werden immer mehr Staaten in das Migrationsgeschehen mit einbezogen. Insofern trifft die Bezeichnung „Gesellschaft mit Mi-

grationshintergrund“ auf immer mehr Teile der Welt zu. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die meisten Länder sowohl Herkunfts- als auch Zielländer und Transitländer sind (Czaika und de Haas 2014). Zielländer wie Deutschland sind immer zugleich auch Herkunftsländer. Migration ist dabei in der Regel keine Einbahnstraße. So migrieren Menschen zurück in ihre Herkunftsländer oder weiter in andere Regionen. Häufig erhalten Migrant:innen ihre Bindungen zu ihren Familien im Herkunftsland und in anderen Teilen der Welt aufrecht. Zu transnationalen Aktivitäten zählen Geld an die Familie im Herkunftsland und in umgekehrter Richtung in das Ziel-land zu überweisen, politische Vorgänge im Herkunftsland zu verfolgen und sich daran zu beteiligen oder zu kleineren Infrastrukturprojekten wie dem Bau von Schulen in den Herkunftsorten beizutragen. Es findet sich so soziale Nähe bei teilweise großer geographischer Distanz in transnationalen sozialen Räumen. Diese verdichteten sozialen Formationen bestehen aus Kombinationen der Interaktionen von Migrierenden und Immobilen, Netzwerken und Organisationen, die mindestens zwei Staaten kreuzen. Transnationale bzw. transstaatliche soziale Räume sind dynamische soziale Prozesse über staatliche Grenzen hinweg (Faist 2000). Dieses Konzept bezeichnet vorwiegend die Perspektive der „einfachen Bürger“ und die multiple Verortung von Migrant:innen. Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zu grenzübergreifenden Finanztransaktionen unter Migrant:innen in Deutschland stützen diese Beobachtungen. Die SOEP-Daten weisen darauf hin, dass – je nach Gruppe, Herkunftsland und Bildungsstand – ein Zehntel bis ein Drittel aller Migrierenden als stark transnational definiert werden können, gemessen an der Regelmäßigkeit und Intensität von grenzübergreifenden Interaktionen wie Informationsflüssen, Geldüberweisungen, Besuchen, Investitionen und dem Austausch von Ideen (Holst et al. 2012).

Ein dritter Grund, warum von Gesellschaft mit Migrationshintergrund gesprochen werden kann, ist, dass Migration in den letzten Jahrzehnten und auch zuvor überall auf der Welt immer wieder Thema kontroverser Debatten um ihre Ursachen und vor allem ihren Folgen geworden ist. So ist nicht nur umstritten, welche Kategorien von Menschen Anspruch auf Zulassung zum Territorium von Staaten erhalten sollen. Dies wird begleitet durch vielfältige und häufig dichotome soziale und rechtliche Differenzierungen, etwa „legale vs. „illegale Migrant:innen“, freiwillige vs. erzwungene Migrant:innen, „Wirtschaftsflüchtlinge“ vs. Verfolgte und Niedrigqualifizierte vs. Hochqualifizierte. Umstritten ist dabei etwa die Frage, welche rechtlich definierte Personengruppe Zugang zu Schutz in Zielländern erhalten soll. Des Weiteren gibt es häufig Kontroversen um die Partizipation von Migrierenden und Asyl-

suchenden³ in den Feldern Beschäftigung, Bildung und Wohnen. Viele Konflikte beziehen sich auch auf kulturelle Belange, wie etwa die Vereinbarkeit von vermeintlich traditionellen Praktiken bezüglich von Religion und Geschlecht mit den Merkmalen liberaler Gesellschaften. Dabei ist bekannt, dass vermehrte Konflikte um kulturelle Unterschiede nicht unbedingt ein Zeichen der Polarisierung in Migrationsgesellschaften darstellen. Ein Beispiel könnte eine Auseinandersetzung um den Bau einer Moschee sein. Wenn ein tragbarer Kompromiss zwischen den Konfliktparteien gefunden wird, dann können derartige Konflikte sogar die gemeinsame Integration von Neuankömmlingen und Alteingesessenen fördern. Diese Konstellation wird als „Integrationsparadox“ bezeichnet (vgl. Hadenius und Karvonen 2001).

2. Migration und Mobilität: Definitionen und Kategorisierungen

Die Begriffe Migration und Mobilität beziehen sich auf Bewegung in Raum und Zeit. Hier treten drei Unterschiede hervor: Erstens bedeutet Migration Bewegung von einem Ort zu einem anderen und einen längerfristigen Wechsel des (Wohn-)Ortes, während Mobilität sich vorrangig auf kurzfristigen Wechsel und manchmal auch auf kürzere Distanzen bezieht. Zweitens verweist der Begriff Mobilität nicht nur auf räumliche Aspekte, sondern darüber hinaus auch auf soziale Mobilität zwischen Schichten und Klassen. Der Wunsch nach sozialer Aufwärtsmobilität ist häufig eines der Motive für Migration. Und drittens bezieht sich Migration im Unterschied zu Mobilität darauf, dass eine administrative oder politisch definierte Grenze z.B. von Staaten, Provinzen oder Kommunen überquert wird. In der Regel ist von Migration dann die Rede, wenn ein Ortswechsel mit Niederlassung in einem anderen als dem Herkunftsort oder ein anderes als das Herkunftsland stattfindet. Dies ist im Hinblick auf Binnenmigration, transnationale Migration oder Rückkehrmigration der Fall. Mobilität hingegen ist häufig konnotiert mit Bewegungsfreiheit, auch über Staatsgrenzen hinweg, so wie etwa im Schengen-Raum der Europäischen Union (EU). Die unterschiedliche Bedeutung von Migration und Mobilität wird auch in folgendem Gedankenexperiment deutlich: Würden alle staatlichen und sonstigen administrativen und politischen

3 Während es in öffentlichen und teilweise in akademischen Diskussionen gebräuchlich ist, zwischen Arbeitsmigranten und Flüchtlingen zu unterscheiden, wird hier zumeist der Oberbegriff „Migrant:in“ benutzt und im jeweiligen Kontext spezifiziert. Flüchtlinge sind immer auch Migrierende, wenn auch eine spezielle Kategorie.

Grenzen über Nacht wegfallen, dann gäbe es keine Migration mehr, sondern nur noch (uneingeschränkte) Mobilität – ob nun im Hinblick auf Arbeit oder Tourismus. Staaten einerseits und Migrant:innen andererseits verfolgen unterschiedliche Interessen. So wird etwa am Beispiel des Zutritts zu staatlichen Territorien deutlich, dass souveräne staatliche Gewalt und der Wunsch nach grenzüberschreitender Mobilität gegenläufig sind.

Zur Frage, wer als Migrant:in gelten kann, gibt es zwar viele Vorschläge, aber keine allgemein verbindliche Definition. Eine der bekannteren Bestimmungen ist die der Vereinten Nationen (UN): Bei einer bzw. einem Migrierenden handelt es sich um eine Person, die in ein anderes Land als ihr Herkunftsland einreist und sich mindestens zwölf Monate dort aufhält. Doch werden wiederum in der Praxis nicht alle, die darunterfallen, als Migrant:innen gefasst. Das trifft etwa auf internationale Studierende oder entsandte Führungskräfte (*expatriate managers*) zu. Derart privilegierte Gruppen gelten in der Regel nicht als Migrierende.

In den Naturwissenschaften ist im Unterschied zu den Geisteswissenschaften die Definition von Migration kein Thema. Auch die in den Geisteswissenschaften wichtige Diskussion um positive oder negative Kategorisierung von Migration ist nicht relevant. Es gibt in den Naturwissenschaften kein Aschenputtel-Phänomen, also Diskussionen über „gute“ und „schlechte“ Migration. Dies liegt daran, dass Migration vorwiegend als Prozess gesehen wird, z. B. als Katalysator für andere Reaktionen. Demgegenüber sind in den Geisteswissenschaften ethische Fragen und Kontroversen allgegenwärtig.

Konzepte und Gegenüberstellungen wie freiwillige Migration vs. erzwungene Migration sind weit verbreitet. Aber es ist oft schwierig zwischen freiwilliger und erzwungener Migration zu unterscheiden. Dabei gibt es lebhaft Debatten darüber, ob eher von Dichotomien oder einem Kontinuum von reaktiver bis proaktiver Migration auszugehen sei. Eine andere Debatte betrifft die Definition von Flüchtling als Opfer staatlicher Gewalt. So setzt die Genfer Konvention die Verfolgung durch staatliche Akteure voraus. Neue Begriffsbildungen wie *forced migration* (erzwungene Migration) berücksichtigen die Einsicht, dass Gewalt gegenüber Menschen sich nicht nur auf Geflüchtete bezieht, die staatlich verfolgt werden. Auch nicht-staatliche Akteure wie Rebellen können Gewalt ausüben, die in Flucht resultieren.

Diskutiert werden auch Weiterentwicklungen von Kategorisierungen, wie *mixed migration*. Da in vielen Herkunftsländern Armut, Ungleichheit und politische Konflikte als komplexe Treiber von *forced migration* meist interagieren, sind auch Migrationsverläufe verwoben und divers. Menschen, die aufgrund von Konflikt, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen fliehen, machen sich häufig auch wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage

auf den Weg. Und wirtschaftliche Fehlentwicklungen sind in der Regel auch politisch verursacht. All dies bedeutet, dass sowohl Beweggründe zur Migration als auch die Zusammensetzung der Migrationsströme während unterschiedlicher Migrationsetappen gemischt sein können – sei es hinsichtlich der Motive bei der Entscheidung zur Migration, der Wahl der Route und der Transportmittel oder der Zusammensetzung der Migrierenden während der Reise und am Zielort. So wandern etwa Asylsuchende neben Arbeitsmigrierenden (Van Hear et al. 2009).

Gleichwohl erscheinen Kategorisierungen sowohl von Migration als auch Migrant:innen unumgänglich. So müssen etwa in der quantitativ orientierten Forschung zu menschlicher Migration eindeutige Kategorisierungen zur Erfassung von Merkmalen vorgenommen werden. Denn Migrierende sind keinesfalls homogen im Hinblick auf Merkmale wie Geschlecht, Alter, soziale Klasse, Ethnizität oder Religion. Hier stellt sich die Frage nach den negativen und positiven Auswirkungen von Kategorisierungen für die jeweils betroffenen Gruppen, etwa hinsichtlich sozialer Ungleichheiten (vgl. Schmidt 2020).

Die Zusammenhänge zwischen Begriffen, deren Änderung oder Beibehaltung einerseits und den Bedeutungszuschreibungen andererseits sagen etwas über sozialen Wandel aus. Dabei lautet eine grundlegende Frage, ob sich die vorgenommenen sozialen Zuschreibungen ändern, wenn alte durch neue Kategorien ersetzt werden. Vorläufige Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass dies nicht unbedingt der Fall ist. Nachdem der Begriff „Ausländer“ durch „Personen mit Migrationshintergrund“ ersetzt worden war, blieben in Debatten im Deutschen Bundestag die gewohnten Bedeutungszuschreibungen erhalten. Wenn von „Personen mit Migrationshintergrund“ die Rede war, wurde also weiterhin – wie schon bei „Ausländer“ – vorrangig Bezug etwa auf bestimmte Nationalitäten oder auf ausgewählte Religionen wie den Islam genommen (Elrick & Schwartzman 2015).

Es kann umgekehrt bei Beibehaltung eines Begriffs auch zu Veränderungen in den Bedeutungszuschreibungen kommen. Ein Beispiel wäre Assimilation, also die weitgehende Angleichung von Neuankommenden an soziale Muster, die auch bei schon länger Ansässigen beobachtbar sind. Assimilation hat strukturelle (z.B. Arbeit, Bildung), soziale (z.B. Interaktionen mit Mitgliedern anderer Gruppen) und identifikative Dimensionen (z.B. Zugehörigkeit). Dabei standen in den USA und Europa eine wünschenswerte Anpassung einer migrantischen Minderheit an die Mehrheitsgruppe im Mittelpunkt. Der Begriff von Assimilation, der Anpassung durch Angleichung impliziert, stammt aus dem biologischen Denken im 19. Jahrhundert und migrierte zu Beginn des 20. Jahrhunderts in die Linguistik, die Psychologie, die Soziologie und die Geschichtswissenschaft (vgl. Ezli et al. 2013). Seit Beginn

des 21. Jahrhunderts werden unter Assimilation hingegen vorwiegend Theorien über Grenzziehungsprozesse und damit einhergehende Anpassungen von Immigrant:innen an ganz verschiedene Gruppen diskutiert. So wurde beispielsweise in den USA im späten 20. Jahrhundert *segmented assimilation* beobachtet. Dieser Begriff bedeutet, dass sich in sozio-ökonomischer Hinsicht marginalisierten Bezirken in Großstädten manche Migrierenden an Gruppen anpassen, die aus dem Wohnungswesen und dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Im Unterschied dazu orientieren sich Migrierende aus der (oberen) Mittelschicht an solche des materiell und statusmäßig erfolgreichen *mainstreams* (Portes & Zhou 1993).

Insgesamt ist die Bedeutung des Konzepts Assimilation heftig umstritten. Dabei fällt auf, dass Assimilation in wissenschaftlichen Diskursen (*concept of analysis*) häufig eine andere Bedeutung annimmt als in öffentlichen Debatten und Politikkonzepten (*concept of practice*). Ein Beispiel für Assimilation als *concept of analysis* wäre das bereits erwähnte Konzept *segmented assimilation*. Im Sinne von *concept of practice* wird Assimilation eher als Zwang zur einseitigen Anpassung der Migrant:innen an eine vermeintlich kulturell homogene Mehrheit verstanden.

3. Analogien und Mechanismen in der Migrationsforschung

Geisteswissenschaftliche Migrationsforschung wird manchmal durch naturwissenschaftliche Ansätze inspiriert. Aus naturwissenschaftlicher Sicht stehen die Prozesse der Migration & Mobilität und deren Mechanismen im Vordergrund. Migration wird dabei als Katalysator gesehen, der bestimmte Ergebnisse ermöglicht – oder umgekehrt als Störfaktor. In einer geisteswissenschaftlichen Perspektive geht es in der Regel eher um die sozialen Prozesse, die durch Bewegung und Ortswechsel von Menschen ausgelöst werden.

Besonders auffällig für Konzepte, die Migration erfassen sollen, ist die Adaptation von Begriffen und Metaphern aus den Naturwissenschaften in den Geisteswissenschaften. Die Einflüsse treten häufig in Form von Analogien auf. Darunter fallen etwa folgende Beobachtungen:

- Migration kann aus naturwissenschaftlicher Sicht als „Transportprozesse“ verstanden werden, die in der Herstellung von Gleichgewicht resultieren können. Gleichgewichtsvorstellungen finden sich schon in der frühen geographischen und demographischen Migrationsforschung. Sir

Ernest G. Ravenstein konzeptualisierte Migrationsprozesse in *Laws of Migration* in zwei Richtungen: Jede Migration ist von Bewegungen in die Gegenrichtung gekennzeichnet (Ravenstein 1889). Es gibt allerdings keine einheitliche Theorie der Migration in den Geisteswissenschaften, sondern nur Teiltheorien. Daher ist ein Fokus auf Mechanismen hilfreich: Migration ist in dieser Perspektive ein Resultat von Push-Faktoren (z. B. mangelnde berufliche Entwicklungsmöglichkeiten) und Pull-Faktoren (z. B. Anwerbung von Arbeitskräften), die zwischen Herkunfts- und Zielorten wirken. Push- und Pull-Faktoren beziehungsweise darauf aufbauende Modelle werden in der Regel durch weitere Modelle ergänzt oder ersetzt (z. B. *New Economics of Labour Migration*), die relativ freiwillige Migration nicht primär als individuelle Entscheidung zur Optimierung von wertvollen Ressourcen (z. B. Einkommen; Meinungsfreiheit), sondern als kollektive Entscheidung von Gruppen wie Familienverbänden sehen. Um ihren Lebensunterhalt zu sichern, versuchen Bauernfamilien über saisonale Mobilität zusätzliches Einkommen zu erhalten. Insofern kann Migration in ländlichen Regionen auch als eine Art informeller Versicherung gegen Ernte- und Einkommensausfälle gesehen werden (Stark und Bloom 1985).

- Demographische und geographische Migrationsmodelle lehnen sich häufig an der Physik an. Dies gilt für das „*Schwerkraftmodell*“ (*gravity model*) der Migration, in dem das physikalische Gravitationsgesetz von Issac Newton in Form einer Analogie zur Erklärung für menschliche Wanderungsbewegungen genutzt wird. Das naturwissenschaftliche Gravitationsgesetz besagt, dass alle Körper aufgrund ihrer Massen aufeinander anziehende Kräfte ausüben. Analog wird Migration in einem einfachen sozialwissenschaftlichen Gravitationsmodell als Verhältnis von „Masse“ und „Distanz“ gefasst, also die Relation von Bevölkerungszahl im Herkunfts- und Zielort einerseits und Entfernung zwischen Herkunftsort und Zielort andererseits (Stewart 1948). Auch wenn dieses Modell in seiner einfachen Version das Volumen von Migration nicht in vollem Umfang zu erfassen vermag, weil es beispielsweise politische und ökonomische Faktoren nicht einbezieht, so inspirierte es doch differenziertere Überlegungen zu Migrationssystemtheorien (Kritz et al. 1992). Theorien über Migrationssysteme fassen Herkunfts-, Transit- und Zielregionen als interaktive Komponenten, die über Infrastrukturen wie Migrationsnetzwerke (z. B. Interaktion von Anwerbeagenturen und Zielstaaten) und Migrant:innennetzwerke (z. B. familiäre oder herkunftsgemeindliche Bindungen) operieren.

Jenseits bloßer Analogien zwischen Naturwissenschaften einerseits und Geisteswissenschaften andererseits gilt es die Mechanismen zu bestimmen, die Migration begünstigen oder verhindern. Ein Fokus auf soziale Mechanismen hat den Vorteil, dass Migration als Prozess gefasst wird. In geisteswissenschaftlicher Sicht können dabei ganz verschiedene soziale Mechanismen wirken, z.B. soziale Schließung beim Zutritt zum Territorium oder zur Staatsangehörigkeit und Ausbeutung von Migrierenden ohne Papiere. Ein Mechanismus, der sozialer Ausbeutung entgegenwirkt, ist Chancenhortung, d. h. Migrant:innen vermitteln einander Stellen über Netzwerke und besetzen damit Nischen in Sektoren wie der Landwirtschaft oder dem Gastgewerbe. Auch Hierarchisierung stellt einen wichtigen Mechanismus dar, indem beispielsweise Menschen aus bestimmten Ländern ohne Visum einreisen können, solche aus anderen Staaten wiederum nicht (Faist 2022).

4. Herausforderungen für eine Gesellschaft mit Migrationshintergrund

Als integraler Bestandteil der deutschen und europäischen Gesellschaft ist Migration nicht die Hauptursache für sozialen Wandel, spiegelt aber die gegenwärtige gesellschaftliche Transformation. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass manche Perspektiven den Begriff Mobilität ins Zentrum gerückt haben. Um die Fluidität sozialer Beziehungen zu fassen, so das Argument, wird eine neue Sozialwissenschaft benötigt, welche weit über den Container des Staats hinausreicht (Urry 2000). Begriffe wie der *mobility turn* oder *mobilities paradigm* machen die Runde (Cresswell 2006). In gewisser Weise umschreiben diese Ansätze die vor über 150 Jahren von Karl Marx und Friedrich Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ (1848) formulierte Beschreibung der industriell-kapitalistischen Revolution: „Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“ (Marx und Engels 2018)

In der Tat haben moderne Kommunikations- und Transportmittel räumliche Distanzen zeitlich schrumpfen lassen. Eine Kompression von Zeit und Raum (*time-space compression*) ist in den letzten 200 Jahren zu beobachten.

Mobilität ist aber nicht einfach als Resultat dieser Kompression zu sehen. Vielmehr gestalten vor allem Staaten und auch Migrant:innen die herrschenden Raum-Zeit-Verhältnisse (Giddens 1991). Diese werden also sozial konstituiert und wirken als Strukturen – Gelegenheiten und Einschränkungen – wiederum auf die Lebensverhältnisse der beteiligten Menschen zurück. Diese Gestaltung von sozialem Raum und Zeit reicht von der geographischen Darstellung der Welt durch Karten bis hin zu elektronischen Navigationssystemen wie GPS und von der Standardisierung von Zeitzonen bis hin zu einer Prägung zeitlicher Prozesse durch Algorithmen, sichtbar etwa in der Verteilung von Arbeit auf sozial-räumlicher Distanz. Digitalisierung führt dazu, dass Migrierende teilweise besser planen können und die Reise eher als kalkulierbares Risiko wahrgenommen wird. Auch staatliche Grenzkontrollen nutzen mit Verfahren wie *smart borders* die Vorteile der Digitalisierung.

Die durch die Perspektive der Mobilitätsforschung vorgenommene Kurskorrektur zeigt zwar, dass Migration und noch allgemeiner, räumliche Mobilität, allgegenwärtig ist. Aber nicht alle sozialen Verhältnisse sind fluide, es existieren schließlich relativ stabile Infrastrukturen wie Migrationsnetzwerke, staatliche Migrationskontrollen, rechtliche Normen, die den Zugang zu Mitgliedschaft in den Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten regeln und weitere soziale Normen, die das Zusammenleben von Gruppen beeinflussen. Insofern ist auch die Gegenüberstellung der Sesshaftigkeit von Menschen und sedimentierten Normen einerseits und Migration und fluiden sozialen Beziehungen andererseits irreführend. So ist zu fragen, in welchen Zusammenhängen Migration für die Lebensverhältnisse von Menschen als eine von mehreren Optionen neben Anpassung vor Ort oder politischem Handeln auftritt und darüber hinaus öffentlich thematisiert wird. Deutlich wird dabei, dass im 19. Jahrhundert gerade soziale Transformationen wie Industrialisierung und Urbanisierung Migration beförderten.

Die Naturwissenschaften verweisen auf die großen Potentiale, die eine Betrachtung menschlicher Migration im Vergleich mit anderen Lebewesen bietet. So liefern Ergebnisse aus der Zoologie und der evolutionären Anthropologie zu Gruppen von Menschenaffen Hinweise auf die Bedeutung von Migration für soziales Lernen. Affengruppen, die nachweisbar immer wieder neue Mitglieder aufnehmen, die aus anderen Gruppen „übergelaufen“ sind, besitzen sehr viel mehr soziale und mechanische Fertigkeiten als andere Gruppen, die stärker isoliert leben (Moore 2013). Dieses Ergebnis liefert einen wichtigen Hinweis für zukünftige Forschung zu menschlichem Verhalten.

Auf diesem Hintergrund geht es im Folgenden um vier Bereiche, die Fragen für die zukünftige Forschung und Gestaltung von Politik aufwerfen:

Ausmaß von Migration; Gewalt und Flucht; die transnationalisierte soziale Frage; und Klimawandel und Migration.⁴

Ausblick 1: Leben wir im Zeitalter der Migration?

Um ihre Lebensbedingungen zu verbessern, haben Menschen im Prinzip drei Optionen zur Verfügung. Erstens können sie Exit aus ihrem Wohnort bzw. Wohnland und damit Migration wählen. Dies erscheint manchen Menschen als die einfachste Lösung, obwohl dafür u. a. finanzielle Ressourcen notwendig sind. Zu beachten ist dabei also, dass Exit hoch selektiv entlang des Merkmals Einkommen ist. So gehören transnationale Arbeitsmigrant:innen zu den obersten 20 Prozent in der globalen Einkommensverteilung (Korzeniewicz und Moran 2009). Zweitens gibt es die Option politische Reformen. Auf kollektiver Ebene ist dafür die Schaffung eines Wohlfahrtsstaats ein Beispiel. Wohlfahrtsstaaten sichern die materiellen Bedürfnisse von Menschen auf Teilhabe. Historisch gesehen entstanden Wohlfahrtsstaaten in Europa im ausgehenden 19. Jahrhundert als Antwort auf die soziale Frage und damit dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Die Entwicklung eines Wohlfahrtsstaats bedarf einer langfristigen Perspektive. Drittens ist auf individueller Ebene die Option der Anpassung vor Ort möglich, etwa durch Investitionen in die berufliche Ausbildung oder ein akademisches Studium. Dies bedarf in der Regel jahrelanger Anstrengungen, so dass die positiven Aspekte erst mit Verzögerung eintreten. Im Unterschied zur ersten Option versuchen Menschen, die die zweite und dritte Option wählen, ihre Lage nicht durch Abwanderung, sondern durch politische Aktivitäten im eigenen Land bzw. Investitionen vor Ort zu verbessern.

Die materiellen Anreize für grenzüberschreitende Migration erscheinen heutzutage noch höher als vor anderthalb Jahrhunderten. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war die globale Verteilung von Einkommen noch weniger ungleich als heute. Das Einkommen von Arbeitenden in Europa und Nordamerika lag doppelt so hoch wie in anderen Teilen der Welt, also bei 2:1. Bis in die 1990er Jahre stieg dieses Verhältnis auf 10:1 an. Materiell gesehen ist die Gegenwart eine der ungleichsten Perioden in den letzten 200 Jahren (Piketty 2014). Dabei ist im Vergleich zum ausgehenden 19. Jahrhundert das Land, in dem eine Person lebt, relativ zu Klasse im Marx'schen Sinne als

4 Zu Digitalisierung siehe die ursprüngliche Langfassung des Beitrags in Faist et al. (2022; FN 1).

Beziehung von Kapitaleigentümern und abhängig Beschäftigten, wichtiger für die Lebensbedingungen geworden. Daraus folgert der Ökonom Branko Milanovic, dass nicht mehr Klasse, sondern Staatsbürgerschaft zum entscheidenden Indikator für Lebensbedingungen geworden sei (Milanovic 2016). Aus der zunehmenden Bedeutung von Staatsbürgerschaft bzw. Wohnland lässt sich allerdings nicht einfach auf die abnehmende Signifikanz von Klasse schließen. Eher kann konstatiert werden, dass neben Klasse nun auch Staatsbürgerschaft als entscheidender Bestimmungsfaktor für Lebensverhältnisse getreten ist. Außerdem müssten für eine Gesamteinschätzung noch andere Faktoren wie Rassifizierung und Geschlecht herangezogen werden.

Dass Migration zur Niederlassung in einem anderen Wohnland und dem Erwerb einer anderen bzw. zusätzlichen Staatsbürgerschaft kein Massenphänomen geworden ist, lässt sich auch aus der globalen Migrationsquote ablesen. Die Migrationsquote ist zwar in den letzten 60 Jahren stetig gestiegen. Aber der Anteil internationaler Migrierender an der Gesamtbevölkerung der Welt ist nur sehr langsam angewachsen, von etwa 2 Prozent (1960) auf 3,6 Prozent (2023; IOM 2024). Es ist zu beachten, dass es zwei Alternativen zu Migration als Niederlassung in einem anderen Land gibt. Erstens ist Migration innerhalb des Wohnstaates eine Alternative zu grenzüberschreitender Migration. Binnenmigration ist weltweit drei Mal so hoch wie transnationale Migration (UNHCR 2023). Unter den internen Migrant:innen werden auch Binnenvertriebene erfasst, die einen Anteil von etwa 10 Prozent an der globalen Migration stellen. Zweitens gibt es Alternativen zu langfristig angelegter Migration mit Niederlassung in einem anderen Staat, so etwa saisonale Mobilität und zirkuläre Migration.

Es sind drei Faktoren, welche die Migrationsquote relativ niedrig halten und die Migration über Grenzen hinweg schwierig machen. Ein erster Faktor, der räumliche Immobilität begünstigt, ist absolute Armut. Dann sind weder transnationale Migration noch politisches Handeln plausible Optionen. Absolute Armut beschränkt die Handlungsoptionen in jeder Hinsicht. Dieser Zustand trifft auf das untere Zehntel der Weltbevölkerung zu. Gegenwärtig leben ca. 712 Mio. Personen und damit etwa 9 Prozent der Menschheit in absoluter Armut, worunter ein Einkommen von weniger als US \$ 2.15 pro Tag verstanden wird (World Bank 2022). Diese Beobachtung hilft, zu verstehen, warum ein signifikanter Anteil der Weltbevölkerung überhaupt nicht und wenn ja, nur über kurze Distanzen migriert. Daher erstaunt es auch nicht, dass etwa vier Fünftel aller Geflüchteten im Herkunftsland selbst oder in Nachbarländern eine (erste) Zuflucht finden. Kurzum, arme Menschen migrieren selten über Grenzen hinweg und Armut ist nicht die Hauptursache für Migration. Im Gegenteil sind es sich verbessernde Lebensbedin-

gungen im Wohnland, welche den betreffenden Menschen mehr Ressourcen für transnationale Migration verschaffen. Mit den besseren Lebensumständen wachsen gleichzeitig die Erwartungen von Menschen, dass sie mit Migration in ein anderes Land noch bessere Lebensbedingungen erreichen können (Faist 2000).

Zweitens existieren Barrieren für transnationale Mobilität selbst für diejenigen, die über die notwendigen materiellen und sozialen Ressourcen verfügen. Soziales Kapital wie Zugang zu unterstützenden Netzwerken und kulturelles Kapital in Form von Sprachkenntnissen und Bildungsabschlüssen sind oft lokal spezifisch und ortsgebunden, ihr Transfer über Grenzen hinweg mit Schwierigkeiten verbunden. Probleme beim Transfer entstehen so, obwohl häufig selbst spezifische Kenntnisse, wie etwa in der Mathematik, universell sind. Offensichtlich wird die örtliche Gebundenheit von Kapital etwa beim Transfer von Bildungs- oder Berufsabschlüssen. Diese sind häufig nur unter Schwierigkeiten transferierbar und dies trotz der Herausbildung von globalen und regionalen Märkten für entsandte Arbeiter, Manager in multinationalen Firmen und Personal in Feldern wie Gesundheit, Pflege und Wissenschaft. Auch soziales Kapital in Familien und Kleingruppen wie Gegenseitigkeit, Vertrauen und Solidarität müssen häufig erst einmal durch Pioniermigrant:innen bereitgestellt werden. Nur dann können sich Netzwerke von Migrant:innen entwickeln und im Zielland Zugänge z.B. zu Bildung, zum Wohnsektor, zu Arbeit, zu Kinderbetreuung und zur Krankenpflege eröffnen.

Drittens ist staatliche Migrationskontrolle in den letzten 200 Jahren effektiver geworden und hat sich stärker jenseits staatlicher Grenzen in die Herkunfts- und Transitregionen verlagert. Kontrolle gibt es jetzt nicht nur an den Grenzen von Immigrationsländern wie Deutschland, sondern auch in Transitländern wie Libyen oder Tunesien. Dadurch ist es für Migrant:innen schwieriger geworden staatliche Grenzen zu überwinden. Noch im 19. Jahrhundert konnte mit massenhafter Emigration aus Europa in „weiße Siedlerkolonien“ wie die USA und Australien Teile der schnell wachsenden Bevölkerung exportiert werden. Migrationskontrollen waren nicht so effektiv wie heute. Für potentielle Migrierende zu Beginn des 21. Jahrhunderts, die vom globalen Süden in den globalen Norden wandern wollen, sind die Optionen aufgrund der Verschärfung und der Externalisierung, d.h. Auslagerung von Kontrollen in Ursprungs- und Transitstaaten, wesentlich beschränkter.

Insgesamt ist es durchaus plausibel, trotz einer niedrigen und schwach wachsenden globalen Migrationsquote, heute von einem „Zeitalter der Migration“ zu sprechen (Castles et al. 2014), wenn damit Migration als globale Herausforderung in den politischen, ökonomischen und kulturellen Sphären

gemeint ist. Denn ein Charakteristikum heutiger Debatten ist die Wahrnehmung von Migration als globales Problem, so wie Umweltzerstörung und Klimawandel. Insofern hat sich ein entscheidender Wandel im Diskurs dahingehend ergeben, dass Migration nicht mehr nur als lokale oder staatliche Frage, sondern als eine transnationalisierte und damit grenzübergreifende gilt (Faist 2022).

Ausblick 2: Schutz bei Flucht vor Gewalt?

Nicht erst in der „Flüchtlingskrise“ von 2015 und dem Krieg in der Ukraine 2022 ist die Gesamtzahl der Geflüchteten in den letzten beiden Jahrzehnten wieder etwas gestiegen. Im Jahr 2023 war einer von 100 Menschen weltweit ein Flüchtling. Von den über 117 Mio. Geflüchteten befanden sich Asylbewerber, Staatenlose und im eigenen Land Vertriebene (UNHCR 2023). Laut Angaben des Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) gab es Ende 2023 etwa 75,9 Mio. intern Vertriebene (IDMC 2024).

Die meisten Geflüchteten verbleiben in den Herkunftsländern als Binnenvertriebene oder fliehen in die jeweiligen Nachbarländer. Dies bedeutet, dass 60 bis 80 Prozent aller Geflüchteten in den Ursprungsregionen Schutz suchen. Häufig tritt Flucht im Rahmen von Staatsbildung auf (*state formation* und *nation-building*), wird aber auch durch externe Interventionen im Kontext wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen, Bürgerkriege, Staatszerfall, gewaltsame staateninterne Konflikte mit Verfolgung bestimmter Gruppen und ökologischer Zerstörung angetrieben. Die Instabilität von Staatsgewalt ist damit Teil der Ursachen sowohl von staatsinterner als auch grenzüberschreitender Migration. Es ist eine „Flucht vor Gewalt“, die sich in Europa ab dem 16. Jahrhundert zuerst im Zusammenhang mit religiöser Verfolgung etwa von Hugenotten manifestierte, und im 20. Jahrhundert mit der Oktoberrevolution 1917 und den darauffolgenden Kriegen noch stärker als politische Verfolgung diskutiert wurde (Zolberg et al. 1989). Dieser Schwerpunkt auf staatlicher Verfolgung als Asylgrund schlug sich auch in der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 nieder.

Es ist offensichtlich, dass die ehemaligen Kolonialmächte in die neuen Staaten, die im Gefolge der Dekolonisierung ab Mitte des 20. Jahrhunderts entstanden sind, häufig intervenierten. Die Staaten, aus denen in den letzten Jahren die meisten Geflüchteten hervorgingen, sind solche, in denen kein effektives staatliches Gewaltmonopol herrscht und externe Interventionen erfolgt sind. Dazu gehören derzeit Länder wie Afghanistan, Südsudan, Eritrea,

Syrien und Somalia (Global Peace Index 2021). Wie die Kriege beim Zerfall von Jugoslawien in den 1990er Jahren und das jüngste Beispiel der Flucht aus der Ukraine im Jahre 2022 belegen, ist auch Europa weiterhin von Vertreibung durch militärische Gewalt geprägt.

Gerade im Hinblick auf Geflüchtete wird das Rechtsstaatsparadox (Faist 2022) besonders deutlich sichtbar. Es besteht im Spannungsverhältnis zwischen Menschenrechten und einem souveränen Staat. Insbesondere liberal-demokratisch verfasste Staaten können zwar souverän die Zulassung zum Territorium kontrollieren, sind aber im Prinzip bei Fragen der Zulassung von Migrierenden und Flüchtenden und vor allem der Rechte schon anwesender Migrant:innen durch internationale Verträge und staatliche Verfassungen menschenrechtlich gebunden. Es gibt zwar kein Recht auf die Gewährung von Asyl oder auf Einwanderung. Aber haben es Menschen erst einmal an die Grenze des möglicherweise aufnehmenden Staats geschafft, so ist dieser gehalten, bestimmte menschenrechtliche Normen zu beachten. Bei Flüchtenden gilt das Verbot des *Refoulement*, d. h. sie können nicht in Länder zurückgeschickt werden, in denen ihnen Gefahr für Leib und Leben droht. *Non-Refoulement* bildet daher die grundlegende Norm der Genfer Flüchtlingskonvention.

Hinzu kommt, dass die Ausweitung von Menschenrechten auf Migrant:innen prinzipiell im Widerspruch zu den Bemühungen in den Zieländern steht, territoriale und vor allem sozio-kulturelle Grenzen zum Erhalt einer als homogen imaginierten nationalen Gemeinschaft zu schaffen. Aus nationalstaatlicher Sicht ist Immigration nicht wünschenswert und daher stark zu begrenzen. In dieser Perspektive sichert daher nur eine relativ strikte Kontrolle von Grenzen und ein restriktiver Zugang zur Staatsangehörigkeit die angestammte kulturelle Lebensweise, den ökonomischen Lebensstandard, die politische Souveränität und damit das Recht auf Selbstbestimmung eines Staatsvolkes.

Die Norm der Gleichheit in demokratischen politischen Systemen treibt die Aufdeckung und Skandalisierung von Ungleichheiten voran. Gleichheitsnormen stehen teilweise in direktem Widerspruch zur Rechtfertigung von Ungleichheiten. Darauf verweist beispielsweise das Menschenrecht auf Schutz vor Gewalt und Verfolgung. Dieses Recht wird durch die Kategorisierung von manchen Geflüchteten als „Scheinasylanten“ oder „Wirtschaftsflüchtlinge“ stark eingeschränkt.

Beim Widerstand gegen die Ausweitung der Menschenrechte von Flüchtenden und Migrierenden handelt es sich häufig um einen Prozess der Kulturalisierung von Migration. Kulturalisierung impliziert, dass es sich bei Migrierenden und länger Ansässigen um kulturell homogene Blöcke handeln

würde. Wird Migration als eine Bedrohung der Gesellschaft mit Migrationshintergrund wahrgenommen, kann noch weitergehend von „Versicherheitlichung“ gesprochen werden. Dies bedeutet u. a., dass Migrationskontrollen in die Transit- und Herkunftsländer selbst verlagert und um Schutz nachsuchende Migrierende als „illegal“ bezeichnet werden.

Ausblick 3: Die transnationalisierte soziale Frage

In der sozialen Frage werden soziale Ungleichheiten zwischen Gruppen und Kategorien von Menschen Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Migration wirft die transnationalisierte soziale Frage in zweierlei Hinsicht auf. Erstens ist die heutige soziale Frage ein grenzübergreifendes Phänomen. Im Hinblick auf Kommunikation, Transport und Produktion ist die moderne Gesellschaft eine Weltgesellschaft. Die Probleme in Bereichen wie Migration sind zwar grenzübergreifend und global, wie z. B. Ausbeutung von Migrant:innen ohne gültige Papiere. Deren Bearbeitung aber findet häufig auf mehreren Ebenen statt. Sie werden sowohl auf internationaler, nationaler als auch lokaler Ebene und in sozialen Räumen zwischen Staaten etwa durch Nichtregierungsorganisationen (NROs) bearbeitet. Politische Entscheidungen und verbindliche rechtliche Regulierungen finden dabei zumeist auf staatlicher Ebene statt. Staaten fungieren in der Migrationspolitik als relativ autonome Einheiten, auch wenn sie teilweise staatliche Autorität an supranationale Institutionen delegieren, so etwa im Hinblick auf intraeuropäische Migration an die Europäische Union (EU) oder in Westafrika an die Westafrikanische Wirtschaftsunion (ECOWAS). Dabei sollte nicht vergessen werden, dass sich viele Staaten in ausgewählten Politikbereichen durch die Ratifizierung von Konventionen zur Einhaltung bestimmter Normen verpflichten, so etwa im Politikfeld Flucht und Asyl durch die Genfer Flüchtlingskonvention. Zweitens ist die soziale Frage dadurch transnationalisiert, dass Migrierende und ihre Organisationen aktiv über Grenzen hinweg in transnationalen sozialen Räumen engagiert sind, so etwa durch finanzielle Rücküberweisungen, die in den Herkunftsländern Armut lindern können oder Ausgaben für Bildung und Gesundheit abdecken.

Außerdem weist das Konzept der transnationalisierten sozialen Frage auf die Tendenz hin, dass Migration ins Zentrum politischer Debatten um soziale Ungleichheiten rückt. Diese Entwicklung wird im Wohlfahrtssparadox deutlich. Das Wohlfahrtssparadox beschreibt einen Zielkonflikt zwischen der Öffnung von Grenzen für Kapital und Waren einerseits und der politischen

Schließung von Grenzen für Menschen andererseits. Marktliberalisierung im Wettbewerbsstaat und wirtschaftliche Offenheit in Bezug auf Kapitaltransfer im Besonderen stehen in einem Spannungsverhältnis zur politischen Schließung gegenüber Migrierenden im Wohlfahrtsstaat. Eine vollständige Öffnung der Grenzen von Staaten würde aus einer sozialpolitischen Perspektive z. B. aufgrund eines höheren Angebots an migrantischen Arbeitskräften die Organisation von Kapital und Arbeit in Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften beeinträchtigen: Bei einer ausreichend hohen Anzahl an „billigen und willigen“ Arbeitskräften hätten beispielsweise Unternehmen kaum Anreize, einem Unternehmensverband beizutreten, um mit Gewerkschaften zu verhandeln. Das institutionelle Gefüge des Arbeitsmarkts würde sich auflösen.

Zusätzlich zum Wohlfahrtsparadox, das den politisch-ökonomischen Rahmen der Konflikte um Migration bildet, spielt auch das schon erwähnte Rechtsstaatsparadox eine grundlegende Rolle für das Verständnis von sozialen Ungleichheiten in Prozessen der Migration. Das Rechtsstaatsparadox besteht in folgendem Spannungsverhältnis: Staaten entscheiden souverän über den Eintritt von Personen in ihr Territorium. Sind Personen aber erst einmal im Staatsgebiet, so müssen liberal-demokratische Staaten bestimmte Menschenrechte, so etwa auf medizinische Notfallbehandlung, gewähren. Dieses Rechtsstaatsparadox beschreibt darüber hinaus auch das Spannungsverhältnis zwischen der wachsenden Gewährung kultureller Rechte seit den 1960er Jahren im Rechtsstaat einerseits und der Forderung nach homogener Nationalkultur im Nationalstaat andererseits. Es lenkt damit den Blick auf die Konflikte zwischen kultureller Pluralität und Vorstellungen einer homogenen nationalen Identität. Letztere bewirken die Exklusion von Nicht-Angehörigen wie Ausländern und Staatenlosen. Es sind kulturelle Differenzen und unterschiedliche Wertigkeiten von Staatsangehörigkeiten (z. B. die Anzahl der Länder, in die eine Person ohne Visum einreisen kann), die in den letzten Jahrzehnten für soziale Positionen und Lebensverhältnisse, aber auch für politische Auseinandersetzungen, wichtiger geworden sind. Es ist also nicht erst das Aufkommen des Rechtspopulismus, welches die ökonomischen und kulturellen Spannungslinien des Wohlfahrtsparadoxes und des Rechtsstaatsparadoxes sichtbar macht. Auch wenn rechtspopulistische und rechtsnationale Politik stark zur Kulturalisierung und Versicherheitlichung von Migrationspolitik beiträgt, so sind es doch grundlegende institutionelle Logiken verschiedener Ausprägungen von Staatlichkeit im Wettbewerbsstaat, Wohlfahrtsstaat, Rechtsstaat und Nationalstaat, die Migration als transnationalisierte soziale Frage konturieren.

Mögliche politische Koalitionen im Bereich Migration verlaufen quer zu Rechts-Links-Schemata. Insgesamt favorisieren die Logiken des Marktlibera-

lismus als Wettbewerbsstaat und des politischen Liberalismus als Rechtsstaat eher tolerante Immigrationspolitiken, während soziale Sicherung im Wohlfahrtsstaat und Souveränität und kulturelle Homogenität im Nationalstaat für restriktive Immigration stehen. Dabei ist der Wohlfahrtsstaat ambivalent, indem zwar eine restriktive Zugangspolitik zum Territorium vorherrscht, aber aus Gründen der Vermeidung von Wettbewerb zwischen Einheimischen und Zugewanderten und dem Erhalt institutioneller Regelungen im Arbeitsmarkt gleiche soziale Rechte für alle Beschäftigten gelten sollen. Es bilden sich keine dauerhaften politischen Koalitionen im Migrationsbereich, obwohl die Ziele von Migrationspolitik ähnlich sind: Verfechter von wettbewerbsstaatlichen Positionen koalieren nicht unbedingt mit Anhängern multikultureller Prinzipien im Rechtsstaat. Und Befürworter des Wohlfahrtsstaats machen sich nicht unbedingt mit nationalistischen Positionen der Exklusion von schon ansässigen Migrierenden gemein.

Ausblick 4: Massenmigration aufgrund von Klimawandel?

Klimawandel und Umweltzerstörung werden in akademischen und öffentlichen Debatten häufig als Treiber von Migration diskutiert. Alarmistische Szenarien treiben die Diskussionen an. Schätzungen verweisen auf Zahlen zwischen 200 Mio. und 1,2 Mrd. „Umweltflüchtlingen“ (Myers und Kent 1995) oder „Klimaflüchtlingen“ (Christian Aid 2007), die in den nächsten Jahrzehnten in Ländern des globalen Südens vertrieben würden und in den globalen Norden wandern könnten. Tatsächlich verweisen die verfügbaren Daten auf einen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der staateninternen Migrationsströme und Naturkatastrophen, dem Maß an Überfischung, Verlust an Biodiversität, Ausbreitung von Wüsten, Wasserknappheit, Bodenversalzung, Abholzung, Luftverschmutzung und Bodenerosion (IDMC 2024). Und zivile Gewaltausbrüche sind beispielsweise eng mit Variationen in der El Niño Southern Oscillation verknüpft. Die Wahrscheinlichkeit für den Ausbruch eines gewaltsamen Konfliktes verdoppelt sich in El Niño Jahren im Vergleich zu La Niña Jahren (Hsiang et al. 2011).

Allerdings lässt sich keine einfache Kausalität zwischen Klimawandel und Migration feststellen. Migration und Flucht sind in der Regel multikausale Prozesse, wobei sich verschlechternde Umweltbedingungen mit ökonomischen Krisen, politischer Verfolgung und Perspektivlosigkeit interagieren (McLeman et al. 2016). Es ist unklar, wann das Klimasystem bestimmte Kippunkte erreichen wird, ab denen grenzüberschreitende Massenmigration

wahrscheinlicher sein könnte (Chi Xu 2020). Weiterhin ist zu beachten, dass die Klimakrise sowohl zu mehr als auch zu weniger Migration führen kann. Gerade ärmere Menschen verfügen oft nicht über die notwendigen Ressourcen für Migration und müssen immobil bleiben. Es handelt sich um eingeschlossene Gruppen („trapped populations“).

In diesem Zusammenhang wird die Frage der Kategorisierung im Rahmen von Klimazerstörung relevant: Es ist ein Konflikt darüber entbrannt, ob erzwungene Migration durch Klimawandel einen Asylgrund darstellt. Eine Position besagt, dass eine neue rechtliche Kategorie „Klimaflüchtlinge“ der Verantwortung nachkommen würde, welche gerade europäische Staaten durch einen in historischer Sicht sehr hohen CO₂-Ausstoß hätten (Bierman und Boas 2008). Die Kritik der Flüchtlingsorganisation der UN – der UNHCR – daran lautet, dass der Flüchtlingsstatus aktive Verfolgung voraussetzt. Außerdem würde durch einen rechtlichen Status „Klimaflüchtling“ die ohnehin geringe Bereitschaft der Zielländer zur Aufnahme von Flüchtenden noch weiter sinken.

Die erste Generation der Forschung über Klimawandel und Migration in den 1980er und 1990er Jahren unterschätzte die Anpassungsfähigkeit von Menschen angesichts des ökologischen Wandels. Sie betonte die Verwundbarkeit von Menschen (*vulnerability*) und leitete aus Umweltzerstörung eine erhöhte Migrationsquote ab, ohne hingegen die Handlungsmöglichkeiten von Personen, Gruppen und Organisationen genügend zu berücksichtigen. Die zweite Generation der Forschung in den 2000er Jahren fokussierte dementsprechend auf eine bestimmte Form von Handeln von Migrierenden, die sich erfolgreich an den Klimawandel anpassen. An dieser Stelle wurde in den letzten Jahren das Konzept Resilienz bemüht, um Migration als aktive Anpassungsstrategie zu verstehen (IPCC 2018). Jedoch ging diese Perspektive oft mit unrealistischen Erwartungen einher. Migration wurde vorschnell als Lösung für die Anpassung an Klimawandel und Umweltzerstörung präsentiert. So wurde z.B. darauf verwiesen, dass finanzielle Rücküberweisungen von Migrant:innen aus dem Ausland zurück an Familienmitglieder im Heimatland eine wichtige Strategie der Anpassung an den Klimawandel seien (Kaczan und Orgill-Meyer 2020). Ein Großteil der Rücküberweisungen wird verwendet, um Kosten für Bildung und Gesundheit im Heimatland zu decken. Diese Perspektive greift aber letztlich zu kurz, da ein Fokus auf Handlungsmöglichkeiten von Betroffenen dazu führt, dass Staaten mit Verweis auf bereits vorhandene Privatinitiative weniger Mittel z.B. für Sozialpolitik ausgeben. Damit stehlen sie sich aus ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl.

Insgesamt wird überdeutlich, dass die mit der Klimazerstörung einhergehende Migration durch Mauern und Grenzzäune auf Dauer nicht aufge-

halten werden können. Auch das Versprechen des „zurück“ in die goldenen Zeiten des Wohlfahrtsstaats der drei Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg in Westeuropa, in denen vor allem die Mittelschicht eine gesicherte Zukunft für sich und ihre Kinder sah, lenkt von den anstehenden Herausforderungen ab. Rechtspopulisten versprechen, dass Abschottung durch geschlossene Grenzen Kontrolle über „soziale Probleme“ wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot schafft. Mit simplistischen Parolen nutzen sie Migrierende als Projektionsfläche für die meisten zentralen Übel dieser Welt.

5. Nullius in verba: Neue Zugänge zu Migration und Flucht

Wenn die Annahme, alle Menschen hätten einen Migrationshintergrund plausibel ist und gar von einer Gesellschaft mit Migrationshintergrund gesprochen werden kann, dann hat dies Folgen für die Diskussion von Mobilität über Grenzen hinweg. In der Regel wird Migration aus nationalstaatlicher Sicht als eine Herausforderung für staatliche Grenzen gedacht. Eine andere Sichtweise konzipiert Migration und Flucht im Rahmen der Verbindungen, die über staatliche Grenzen hinweg existieren, so z. B. in transnationalen sozialen Räumen, die durch Familien, Organisationen, religiöse Gemeinschaften, aber auch durch staatliche, internationale und supranationale Akteure wie die EU geprägt sind. Dies bedeutet, dass Migration und Flucht nicht nur oder primär aus staatlicher Sicht, sondern auch aus der von Migrierenden gedacht werden muss. Daraus ergeben sich zwei Herausforderungen.

Erstens wirft die Beobachtung Fragen an eine Politik geschlossener oder offener Grenzen auf. Ein zentrales Argument lautet, dass es das Recht jedes souveränen Staates sei, selbst zu bestimmen, wer Mitglied werden darf. Eine solche Behauptung setzt voraus, dass die jeweiligen Staatsangehörigen in legitimer Weise das Territorium, auf dem sie wohnen, auch exklusiv besitzen (Di Cesare 2021). Die Frage stellt sich, auf welcher Grundlage der Besitzanspruch auf ein Territorium beruht, wenn alle Menschen von Migrierenden abstammen.

Zweitens stellt sich im Hinblick auf das Ankommen von Migrierenden und das Zusammenleben in kulturell pluralistischen Gesellschaften die Frage, welche Normen als für alle gesetzt gelten können und welche wiederum beim Zuzug von neuen Mitgliedern verhandelbar sind. Gesellschaften mit Migrationshintergrund, die politisch-rechtlich als liberal-demokratische Systeme verfasst sind, verlangen von Migrierenden ein aktives Bekenntnis

zur demokratischen Staatsform. Dies kommt etwa in den Anforderungen bei Einbürgerung zum Ausdruck.

Insgesamt setzen viele der bisherigen Überlegungen die Existenz des Staats als einer einheitlichen politischen Autorität voraus. Dieser Einheit wird das legitime Recht zugesprochen, über Aufnahme, Ankommen und Mitgliedschaft zu entscheiden. Dabei hat Hannah Arendt in ihrem Essay „Wir Flüchtlinge“ am Beispiel von Staatenlosigkeit bereits in den 1940er Jahren auf folgenden Widerspruch aufmerksam gemacht (Arendt 2018 [1943]): In einem System von Staaten sind die normativen und politischen Koordinaten zur Bearbeitung dessen, was heute „Flüchtlingskrise“ genannt wird, widersprüchlich. Moderne Staaten bilden einerseits ein Hindernis für die Umsetzung von Menschenrechten, weil sie als Nationalstaaten souverän über Inklusion und Exklusion von Menschen entscheiden können und damit Staatenlosigkeit erst erzeugen. Aber es sind andererseits gegenwärtig auch Staaten, die als Rechtsstaaten für die Umsetzung von Menschenrechten sorgen und damit Staatenlosigkeit verhindern können.

Literatur

- Arendt, Hannah. 2018. *Wir Flüchtlinge*. Aus dem Englischen übersetzt von Elke Geisel. Stuttgart: Reclam. Originalfassung: *We Refugees*. *Menorah Journal*, 1943.
- Bierman, Frank and Boas, Ingrid. Protecting Climate Refugees: The Case for a Global Protocol. *Environment: Science and Policy for Sustainable Development* (November–December 2008): 9–16.
- Braidotti, Rosi. Posthuman, all too human: Towards a new process ontology. *Theory, Culture & Society* 23, no. 7–8 (December 2006): 197–208. <https://doi.org/10.1177/026327640606923>
- Castles, Stephen, Hein de Haas und Mark Miller. *The Age of Migration – International Population Movements in the Modern World*. 5th edn. Basingstoke and New York: Palgrave Macmillan, 2014.
- Chi Xu, Timothy A. Kohler, Timothy M. Lenton, Jens-Christian Svenning und Marten Scheffer. „Future of the human climate niche.“ *PNAS* 117, no. 21 (May 2020): 11350–11355.
- Christian Aid. „Human Tide: The Real Migration Crisis. A Christian Aid Report“, London: Christian Aid, 2007, <https://reliefweb.int/report/colombia/human-tide-real-migration-crisis-christian-aid-report>
- Cresswell, Tim. *On the Move: Mobility in the Modern Western World*. London: Routledge, 2006.

- Czaika, Mathias and Hein de Haas. „The Globalization of Migration: Has the World Become More Migratory?“ *International Migration Review* 48, no. 2 (2014): 263–323.
- Der Bundespräsident. „Festakt zum 60. Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens.“ Rede, Berlin, 5. Oktober 2021, <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/10/211005-Festakt-Tuerkische-Gemeinde.html>
- Di Cesare, Donatella. *Philosophie der Migration*. Aus dem Italienischen von Daniel Creutz. Berlin: Matthes & Seitz, 2021.
- Elrick, Jennifer und Luisa Schwartzman. From Statistical Category to Social Category: Organized Politics and Official Categorizations of „Persons with a Migration Background“ in Germany. *Ethnic and Racial Studies* 38(9) (2015): 1539–1556
- Ezli, Özkan, Andreas Langenohl, Valentin Rauer, Claudia Marion Voigtmann (Hg.). *Die Integrationsdebatte zwischen Assimilation und Diversität. Grenzziehungen in Theorie, Kunst und Gesellschaft*. Bielefeld: transcript, 2013. <https://doi.org/10.1515/transcript.9783839418888>
- Faist, Thomas. *Exit. Warum Menschen aufbrechen. Globale Migration im 21. Jahrhundert*. München: C. H. Beck, 2022.
- Faist, Thomas. *The Volume and Dynamics of International Migration and Transnational Social Spaces*. Oxford: Clarendon Press of Oxford University Press, 2000.
- Giddens, Anthony. *Modernity and Self-Identity: Self and Society in the Late Modern Age*. Cambridge: Polity Press, 1991.
- Global Peace Index. *Measuring Peace in a Complex World*. Sydney: Institute for Economics and Peace, 2021. <https://www.visionofhumanity.org/wp-content/uploads/2021/06/GPI-2021-web-1.pdf>
- Hadenius, Axel und Lauri Karvonen. „Paradox of Integration in Intra-State Conflicts.“ *Journal of Theoretical Politics* 13 no. 1 (2001): 35–51.
- Hatton, Timothy und Jeffrey G. Williamson. *The Age of Mass Migration: Causes and Economic Impacts*. Oxford: Clarendon Press of Oxford University Press, 1998.
- Hollifield, James F. *Immigrants, Markets and States: The Political Economy of Postwar Europe*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 1992.
- Holst, Elke, Andrea Schäfer und Mechtild Schrooten. „Gender and Remittances: Evidence from Germany.“ *Feminist Economics* 18 no. 2 (2012): 201–229.
- Hsiang, Solomon M., Kyle C. Meng und Mark A. Crane. „Civil Conflicts are Associated with the Global Climate.“ *Nature* 476 (2011): 438–441.
- IDMC (Internal Displacement Monitoring Centre). 2024. *Global Report on Internal Displacement 2024*. <https://api.internal-displacement.org/sites/default/files/publications/documents/IDMC-GRID-2024-Global-Report-on-Internal-Displacement.pdf>

- IOM (International Organization for Migration). 2024. *World Migration Report 2024*. Genf: IOM. <https://publications.iom.int/books/world-migration-report-2024>
- IPCC (International Panel on Climate Change). 2018. *Global Warming of 1.5 °C*. Genf: IPCC. <https://www.ipcc.ch/sr15/>
- Kaczan, David J. und Jennifer Orgill-Meyer. „The impact of climate change on migration: a synthesis of recent empirical insights.“ *Climatic Change* 158 no. 3 (2020): 281–300.
- Korzeniewicz, Roberto P. und Thomas P. Moran. *Unveiling Inequality: A World-Historical Perspective*. New York: Russell Sage Foundation, 2009.
- Koselleck, Reinhart. *Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791–1848*. Stuttgart: Klett-Cotta, Stuttgart, 1987.
- Kritz, Mary M., Lin Lean Lim und Hania Zlotnik (Hg.). *International Migration Systems. A Global Approach*. Oxford: Clarendon Press of Oxford University Press, 1992.
- Manning, Patrick und Stefanie Trimmer. *Migration in World History*. Dritte Auflage. London: Routledge, 2020.
- Marx, Karl und Friedrich Engels [1848]. *Manifest der Kommunistischen Partei*. Stuttgart: Reclam, 2018.
- Massey, Douglas S., Joaquin Arango, Graeme Hugo, Ali Kouaouci, Adela Pellegrino und J. Edward Taylor. *Worlds in Motion: Understanding International Migration at the End of the Millenium*. Oxford: Clarendon Press of Oxford University Press, 1998.
- Mayblin, Lucy und Joe Turner. *Migration Studies and Colonialism*. Cambridge: Polity, 2021.
- McKeown, Adam M. „Global Migration, 1846–1940.“ *Journal of World History* 15 no. 2 (2004): S. 155–89.
- McLeman, Robert, Jeanette Schade und Thomas Faist (Hg.). *Environmental Migration and Social Inequalities*. Dordrecht: Springer, 2016.
- Milanovic, Branko. *Global Inequality: A New Approach for the Age of Globalization*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press, 2016.
- Moore, Richard. Social learning and teaching in chimpanzees. *Biology & Philosophy* 28 (2013): 879–901.
- Myers, Norman und Jennifer Kent. *Environmental Exodus, an Emergent Crisis in the Global Arena*. Washington, DC: Climate Institute, 1995.
- Piketty, Thomas. *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 2014.
- Portes, Alejandro und Minh Zhou. „The New Second Generation: Segmented Assimilation and its Variants.“ *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*. 530 no. 1 (1993): 74–96.

- Ravenstein, Sir Ernest George. The Laws of Migration. *Journal of the Royal Statistical Society* 52 no. 2 (June 1889): 241–305.
- Schmidt, Kerstin. „Formen und Kategorisierungen von Migration.“ In Thomas Faist (Hrsg.), *Soziologie der Migration. Eine systematische Einführung*, 55–72. Berlin: de Gruyter/Oldenbourg, 2020.
- Stark, Oded und D.E. Bloom. „The New Economics of Labor Migration.“ *The American Economic Review* 75 no. 2 (1985): 173–178.
- Stewart, John Quincy. „Demographic Gravitation: Evidence and Application.“ *Sociometry* 11 (1948): 31–58.
- The World Bank Group. 2022. *World Bank, Poverty and Inequality Platform*. <https://pip.worldbank.org/home>
- UNHCR (United Nations High Commissioner on Refugees). 2023. *Global Trends. Forced Displacement in 2023*. Copenhagen: UNHCR. <https://www.unhcr.org/global-trends-report-2023>
- Urry, John. *Mobilities*. Cambridge, UK: Polity Press, 2007.
- Urry, John. *Sociology Beyond Societies: Mobilities for the Twenty-First Century*. London: Routledge, 2000.
- Van Hear, Nicholas, Rebecca Brubaker und Thais Bessa. „Managing Mobility for Human Development: The Growing Salience of Mixed Migration.“ United Nations Development Programme, Human Development Reports, Research Paper no. 20 (2009).
- Zolberg, Aristide R., Astri Suhrke und Sergio Aguayo. *Escape from Violence: Conflict and the Refugee Crisis in the Developing World*. New York: Cambridge University Press, 1989.